



## SCHWARZ UND WIRZ

# Mehr Staat – mehr Lob

CLAUDIA WIRZ

Die Schweiz ist doch keine Einöde, wenn es um Frauenlöhne und Gleichstellung geht. Das hat die Uno höchstselbst, beziehungsweise der Ausschuss, der für das «Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau» – kurz: Cedaw – zuständig ist, bestätigt. Die Schweiz habe Fortschritte gemacht, heisst es in einer Mitteilung, Fortschritte, die das direktdemokratische Land mit seiner soliden Wirtschaft, seinem ausladenden Sozialstaat, seinem hohen Lebensstandard und seinem funktionierenden Rechtssystem offenbar nötig hatte, um vor den Augen der Gleichstellungsfunktionäre eine bessere Figur zu machen.

Eigentlich haben wir ja – ganz ohne obrigkeitliche Denkhilfe – schon immer gewusst, dass es sich in der Schweiz als

Was als  
Menschenrechtspolitik  
etikettiert ist, läuft auf  
einen Ausbau staatlicher  
Strukturen hinaus.

Frau hervorragend leben und arbeiten lässt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Schweiz immer wieder mit Kritik eingedeckt wird. Wenn etwa das World Economic Forum seine jährliche Länderrangliste zur Geschlechtergleichstellung publiziert, gehört die Schweiz nur selten zu den Klassenbesten. In der jüngsten Ausgabe liegen etwa Nicaragua und Rwanda deutlich vor der Schweiz – ganz zu schweigen von den ewigen skandinavischen Musterschülerinnen und Neuseeland. Trotzdem gibt es keine Migrationswellen von Schweizer Frauen in

diese Länder. So schmerzhaft ist die hiesige «strukturelle Diskriminierung» offensichtlich nicht.

Und nun also das zarte Lob der Uno. Doch was genau meint die Uno, wenn sie von Fortschritt spricht? Die Uno wäre nicht die Uno, wenn es dabei nicht um bürokratische Strukturen ginge. Und so wundert es nicht, dass als Ausdruck des Fortschritts explizit das revidierte Gleichstellungsgesetz mit seinen Lohnanalysen, die 2021 verabschiedete Gleichstellungsstrategie 2030 und der Aktionsplan im Rahmen der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen genannt werden.

Am Ziel ist die Schweiz aber noch lange nicht. Es gilt noch viel mehr Fortschritte dieser Art zu machen. Rund siebenzig Empfehlungen hat die Uno an die Schweiz geschickt, und auch sie lesen sich – wie eine kleine Auswahl zeigt – wie Textbausteine aus dem Handbuch für angewandte links-grüne Politik: ein gut dotiertes Gleichstellungsbüro in jedem Kanton, Lohnvergleichsanalysen in allen Unternehmen, nicht nur in den grösseren, Massnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen sowie die Einführung der «Zustimmungslösung» – nicht etwa bei der Organspende, sondern im Sexualstrafrecht. Fazit: Man muss als Staat nur das machen, was Linke, Gewerkschaften und Amnesty International wollen, und schon gibt's Streicheleinheiten von der Uno.

Das sollte man sich stets vor Augen halten, wenn es darum geht, die Handlungsempfehlungen der Uno innenpolitisch zu beurteilen. Was als Menschenrechtspolitik etikettiert ist, läuft letztlich auf einen massiven Ausbau staatlicher Strukturen und Regulierungen hinaus. Ob das wirklich die einzig gültige Definition von Fortschritt ist? Insbesondere in der Schweiz mit ihrer erfolgreichen liberalen Tradition müsste man es eigentlich besser wissen.

Claudia Wirz ist freie Journalistin und Autorin.